

nachrichten

Kampf um die Freiheit Ba'asyirs

Das Anwaltsteam von Abu Bakar Ba'asyir ist beim höchsten Gerichtshof gegen eine Verordnung eines hierarchisch niedriger stehenden Gerichts in Berufung gegangen, in der die Verhaftung Ba'asyirs als legal eingestuft wurde. Einer der Anwälte, Ahmad Michdan, erklärte Reportern, der Richter, der die Berufung erhalten hatte, habe versprochen, der Angelegenheit höchste Priorität einzuräumen. Dennoch nannte er dem Anwaltsteam Ba'asyirs kein genaues Datum für eine Entscheidung. Das Bezirksgericht in Süd-Jakarta hatte den Versuch Ba'asyirs, seine Festnahme rückgängig zu machen, am 11. November 2002 abgelehnt. Der muslimische Kleriker war am 19. Oktober als Verdächtiger, in eine Reihe von Terroranschlägen in Indonesien im Jahr 2000 involviert gewesen zu sein und eine Rolle im Attentat von Bali gespielt zu haben, inhaftiert worden. Zudem wirft man ihm vor, ein Attentat auf die Präsidentin Megawati Sukarnoputri geplant zu haben. Die Polizei nahm Ba'asyir fest, nachdem Omar al-Faruq, der im Auftrag von al-Qaeda operierte und zurzeit von US-Instanzen festgehalten wird, erklärte, Ba'asyir sei in terroristische Aktivitäten in Indonesien verwickelt. Dessen Anwälte verlangten, die Polizei solle den Fall umgehend an die Staatsanwaltschaft abgeben, damit »ein offener, ehrlicher und unabhängiger Untersuchungsprozess vor Gericht« ermöglicht werde.

vgl. *The Jakarta Post*, 18.11.02

Kein Vertrauen in die Polizei

Das Vertrauen der indonesischen Bevölkerung, dass die Täter, die für das Bombenattentat auf Bali am 12. Oktober 2002 verantwortlich waren, gefasst und angemessen bestraft werden, wird in der Presse als sehr gering eingestuft. In der Vergangenheit kam es häufig vor, dass die Polizei Verdächtige verhörte, die anschließend ohne Erklärung wieder freigelassen wurden. Aus diesem Grund äußern sich auch viele Einheimische skeptisch zum Fortschritt der Polizei in ihrer Suche nach den Verantwortlichen für das Bali-Attentat. Zum Vertrauen der Bevölkerung trug auch das Verhör Amrozis, der zurzeit als Hauptverdächtiger des Bali-Attentats gilt, nicht bei. Amrozi lächelte selbstgefällig in die Kamera, als General Da'i ihn auf dem Polizeihauptquartier in

Denpasar verhörte. Die Inszenierung stellte die Ernsthaftigkeit des Verhörs und der gesamten Bemühungen der Polizei, die Täter ausfindig zu machen und zu bestrafen, in Frage. Die Polizei muss nun beweisen, dass sie nach ihrer Separierung vom indonesischen Militär effektiv arbeiten kann. Sie sollte unter Beweis stellen, dass sie nicht nur in der Lage ist, Hühnerdiebe zu fangen, sondern auch das Ansehen Indonesiens in den Augen der internationalen Öffentlichkeit wieder herzustellen. Das aus nationalen und internationalen Mitgliedern zusammengesetzte Untersuchungskomitee wird sicherlich versuchen, seinen Teil dazu beitragen, dass Untersuchungsergebnisse nicht von der Polizei manipuliert werden. Das Team wird von Generalinspektor Ma-

de Mangku Pastika geleitet, der die Involvierung von Mitgliedern der Spezialeinheit der Armee Kopassus in den Mord von Dorthey »Theys« Hiyo Eluay, eines Befürworters der Unabhängigkeit und Anführers Papuas im Jahre 2001, festgestellt hatte.

Aber nicht nur die Glaubwürdigkeit der Polizei steht auf dem Spiel, sondern ebenfalls diejenige der indonesischen Präsidentin Megawati. Sie steht besonders unter internationalem Druck, da man von ihr erwartet, möglichst schnell Erfolge im Hinblick auf die Aufklärung des Attentats vorzuweisen. Gelingt es ihr nicht, dem Sinn der Öffentlichkeit für Gerechtigkeit genüge zu tun, stellt sie ihr Land in ein schlechtes Licht und dokumentiert damit einmal mehr ihre Schwäche.

vgl. *The Jakarta Post*, 18.11.02

Das Bild der »pesantren«

Religiöse Anführer äußerten sich besorgt, dass durch das Bali-Attentat das Bild der islamischen Internate *pesantren* verzerrt werde. In einem Artikel der Tageszeitung *The Jakarta Post* vom 18. November 2002 wird diese Äußerung relativiert. Es sei falsch, alle *pesantren* als Schulen zu verdammen, in denen »politischer Islam« oder Hass gegen andere Kulturen gesät wird. Dennoch, so der Verfasser, sei es eine Tatsache, dass in der Vergangenheit bereits viele dieser religiösen Schulen in Indonesien und anderen islamischen Ländern verantwortlich dafür waren, Schüler heranzubilden, die den radikalen Lehren der Kleriker, den Leitern der Schulen, folgen. Daher sei es von großer Bedeutung, dass die Regierung die *pesantren* ausfindig mache, in denen politischer Islam eine zentrale Rolle spielt. Sie, so der Autor, müssten umgehend geschlossen werden. Dies sei im Interesse ganz Indonesiens. Vor allem sei diese Maßnahme auch wichtig für diejenigen *pesantren*, die keine radikalen Lehren verbreiteten. vgl. *The Jakarta Post*, 18.11.02

Tourismus auf Bali gefährdet

Eine rituelle »Reinigungszeremonie« auf Bali, die am 16. November 2002 zum Gedenken der Opfer des Bombenattentats auf Bali am 12. Oktober stattfand, wurde von der Touristikbranche Indonesiens umgehend dazu genutzt, darauf hinzuweisen, dass Touristen sich nun nicht mehr scheuen sollten, nach Bali zu kommen: Das Land sei ja nunmehr gereinigt. »Wir haben unsere Insel geläutert. Wir haben sie wieder sicher gemacht«, sagte Putu Antara, Vorsitzender des Bali Tourismus Komitees. »Jetzt ist es Zeit, den Menschen zu helfen, die von der Tourismusindustrie abhängen«, ergänzte er.

Das Bombenattentat hatte dazu geführt, dass im Folgejahr insgesamt circa 75 Prozent weniger Touristen nach Bali kamen. Infolge dessen wird die Zielmarke ökonomischen Wachstums von vier Prozent in diesem Jahr wahrscheinlich nach unten korrigiert werden müssen. Wenn Bali es nicht schafft, sein Image als sicheres Ur-

laubsparadies wiederherzustellen, könnte im schlimmsten Fall die Existenz hunderttausender vom Tourismus abhängiger Balinesen gefährdet sein. Gede Ardika, Minister für Tourismus und Kultur, erklärte bei einer Pressekonferenz: »Wir auf Bali werden uns niemals den Terroristen unterwerfen. Ja, es ist ihnen gelungen, Gebäude, Geschäfte und Autos zu zerstören, aber sie werden niemals den Geist Balis zerstören«. Als ersten Schritt, die Touristen von der Sicherheit Balis zu überzeugen, hat die Tourismusbranche eine neue Werbekampagne in den Printmedien und im Fernsehen anlaufen lassen. Das Motto: Bali — Go for it. Ob dies aber ausreicht, um das Vertrauen der Besucher wieder herzustellen, ist mehr als fraglich.

vgl. *Kompas*, 18.11.02, *The Jakarta Post*, 18.11.02

Friedens- abkommen erschwert

Bewohner der Provinz Aceh berichteten von Kämpfen am 17. November 2002 bei Cot Trieng, einer sumpfigen Region, in der mehr als 1.000 indonesische Truppen Rebellen der Unabhängigkeitsbewegung *Gerakan Aceh Merdeka* (GAM) umzingelt hatten. An diesem Tag lief ein Ultimatum der GAM ab, das sie der Regierung gestellt hatte, um das Militär von ihrer Belagerung der Rebellenpositionen abzuziehen. Statt das Ultimatum zu erfüllen, sagte das Militär jedoch, es werde die Belagerung verschärfen.

Ausländische Friedensbeobachter sind zwischenzeitlich in Aceh angekommen. Sie hoffen auf eine Vereinbarung zur »Beendigung der Feindseligkeiten«, die von der GAM und der indonesischen Regierung unterzeichnet werden soll. Die indonesische Regierung hofft, das Abkommen bald zu unterschreiben, die GAM-Kämpfer hingegen warfen ihr vor, die GAM »überhastet zur Einwilligung zu drängen«. Die Rebellen gaben zu verstehen, dass sie einen Friedensplan, der darauf abziele, den 26-jährigen Bürgerkrieg zu beenden, unterstützten. Sie ließen sich aber nicht dazu drängen, eine Vereinbarung vorschnell zu unterzeichnen. Tengku Kamaruzzaman, ein Sprecher der GAM, sagte, die Rebellen stimmten prinzipiell dem kürzlich unterbreiteten Friedensplan zu, der sich für Autonomie des Vier-Millionen-Volkes, für Wahlen einer provinziellen Verwaltung und für eine Beendigung der Gewalt ausspricht. Jedoch warnte er, die wochenlange Belagerung eines Rebellen-camps in Nord-Aceh bedrohe den Friedensplan und zerstöre schon im voraus jegliches Vertrauen in die Bereitschaft der Regierung, sich an die Vorgaben des Friedensplans zu halten. »Wenn die Belagerung aufrechterhalten wird, wird es schwer für uns, einem Friedensabkommen zuzustimmen«, so Kamaruzzaman.

vgl. The Jakarta Post, 19.11.02

Institute gegen die Ausbeutung der Wälder

Der Urwald in Indonesien schrumpft rapide von Jahr zu Jahr. Der Prozentsatz der Rodung gilt als einer der höchsten in der Welt. Dies resultiert vor allem aus illegaler Abholzung und Schmuggel. Aus diesem Grund hat das Forstministerium eine Institution zur Überwachung der Wirtschaftsprüfer eingesetzt, deren Arbeit ab Dezember 2002 darüber bestimmen wird, ob Lizenzen von Unternehmen zur Abholzung der Wälder verlängert werden. Ein Beratungszentrum wurde ebenfalls etabliert, um sich mit möglichen Beschwerden der Lizenzinhaber über ungerechte Behandlung seitens der Wirtschaftsprüfer auseinanderzusetzen. Agus Setyarso, ein Mitglied des Überwachungsinstituts, sagte, die beiden Einrichtungen gewährleisten, dass die Wirtschaftsprüfer ihre Arbeit korrekt

ausführten. Dies sei von großer Bedeutung, da tausende Arbeiter in dem Sektor von ihnen abhängen. »Das Überwachungsteam wird die Ergebnisse der Wirtschaftsprüfer überprüfen. Die Resultate werden mit den Bedingungen in den Lizenzgebieten verglichen«, so Agus. Das Überwachungsteam wird ebenfalls ermächtigt sein, Lizenzinhaber, gegen die der Verdacht der Korruption und der illegalen Rodung besteht, die Lizenz zu entziehen.

Das Forstministerium hatte kürzlich erklärt, 43 Prozent der Lizenzgebiete seien entweder in einem kritischen Zustand oder nicht mehr länger produktiv. Es hatte von Lizenzinhabern verlangt, die Bedingungen zu verbessern und Unternehmen gewarnt, man werde künftig denjenigen Firmen, die sich nicht in angemessener Art und

Angst religiöser Gruppen unbegründet

Präsidentin Megawati Sukarnoputri verglich radikale religiöse Gruppen mit »Kies« in ihrer Verwaltung. Die Anzahl dieser Gruppen sei zwar gering, sie hätten aber die Macht, große Probleme im Land zu verursachen, so die Präsidentin. Megawati äußerte gegenüber der Presse, sie erwarte nicht, dass andere Muslime im Land durch die radikalen Gruppen beeinflusst würden. Sie sagte, diejenigen Muslime, die keine Gewalt verübten, hätten keinen Grund, sich vor den Untersuchungen der Polizei zu fürchten, die infolge des Bali-Attentats anstünden.

Die Polizei hatte in den Monaten Oktober und November mehrere Razzien in islamischen Internaten durchgeführt, nachdem der muslimische Kleriker Abu Bakar Ba'asyir inhaftiert worden war.

vgl. Kompas, 18.11.02, The Jakarta Post 18.11.02

Ausbruch des Vulkans Papandayan

Der Vulkan Papandayan im Bezirk Garut, Westjava, ist im November 2002 ausgebrochen und verursachte großen Schaden in der Region. Viele Menschen verloren dabei ihren Besitz. Der Ausbruch des Vulkans wird den indonesischen Staat voraussichtlich 1,7 Millionen US-Dollar kosten. Die Höhe des Schadens kommt vor allem dadurch zustande, dass die Lava 43,79 Hektar Nassreisfelder und auch das Bewässerungssystem, das insgesamt 660 Hektar Nassreisfelder versorgt, zerstörte. Zudem wurden circa 200 Hektar Teeplantagen ruiniert.

Die Betroffenen wurden nach Cibatarua Kertasari, Bandung, evakuiert. Das Hilfsprogramm der Regierung ist inzwischen angelaufen. Die Opfer werden ausreichend mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Medizin versorgt. Für die Soforthilfe sind bisher 20.000 US-Dollar ausgegeben worden.

vgl. Kompas, 20.11.02

nachrichten

Weise um die Aufforstung ihrer Waldgebiete kümmern, die Konzession entziehen. Das Ministerium wählte zwölf Wirtschaftsprüfer aus, dafür Sorge zu tragen, dass die Unternehmen diesen Instruktionen Folge leisteten. Die Wirtschaftsprüfer werden in dem Unabhängigen Verifikationsinstitut LPI zusammengefasst. Auf der Grundlage ihrer Untersuchungen wird das Ministerium entscheiden, welche Firmen ihre Lizenzgebiete behalten dürfen und welche nicht.

vgl. Kompas, 19.11.02

Neue Wahl- Gesetzesvorlage

Nur eine Koalition von Parteien oder solche Parteien, die mindestens 20 Prozent der Stimmen erzielen, dürfen ihre Präsidentschafts- und Vizepräsidentschaftskandidaten bei den Wahlen im Jahre 2004 aufstellen. Diese Regelung wurde von der Regierung in einer neuen Gesetzesvorlage aufgestellt. Die Vorlage empfiehlt, dass eine Partei oder ein Zusammenschluss von Parteien nur jeweils einen Kandidaten für die beiden Positionen vorschlägt. Bezüglich des Zeitpunktes der Wahl ist in der Vorlage verankert, sie solle nach der Wahl der Mitglieder des Parlaments (DPR) und des Regionalen Rates (DPD) stattfinden. Die Namen der Präsidentschaftskandidaten können aber bereits vor der Wahl öffentlich gemacht werden. Hari Sabarno, Minister für Haushaltsangelegenheiten, sagte am 19.11., die Gesetzesvorlage, die vierte ihrer Art, werde Präsidentin Megawati umgehend präsentiert werden. Er erwarte, die Vorlage dem Parlament möglichst bald zur Diskussion vorzulegen.

vgl. The Jakarta Post, 20.11.02